

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 9 • 36. Jahrgang

Berlin, den 1. März 1930

Attienkurs, Dividende und Rendite

Im letzten Heft der amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird die Bewegung der Attienkurse im Jahre 1929 dargestellt und ihr Einfluß auf die Rendite errechnet. Dieser letzte Begriff spielt in den Diskussionen über die Wirtschaftslage eine wichtige Rolle, weshalb sein Wesen kurz erläutert werden soll. Wer für sein Geld Aktien kauft, will zweifellos daran verdienen. Das ist auf zweierlei Art und Weise möglich. Erstens man erwartet ein Steigen der Kurse und verkauft dann die Aktien. Ist das der Fall, dann wird an jeder Kurssteigerung verdient. Wer eine Aktie im Nennwert von 1000 M. (das ist die typische Größe) zum Kurse von 120 erhebt, bezahlt 1200 M. dafür. Steigt nun der Kurs auf 130, so erhält er beim Verkauf für dasselbe Papier 1300 M., er verdient also an der Kurssteigerung 100 M. Das kann bei lebhafter Börsenbewegung sogar binnen wenigen Tagen der Fall sein. Das große Heer der Börsenspekulanten rechnet damit, an der Kursbewegung zu verdienen. Als zweite große Käufergruppe an der Aktienbörse fungieren die, die für ihr Geld eine sichere Anlage suchen, die des weiteren aber auch eine höhere Verzinsung erwarten, als sie ihnen Bank oder Sparkasse gewähren würde.

Wer eine Aktie zum Kurse von 100 oder, wie der börsenmäßige Fachausdruck dafür lautet, zu pari erwirbt, bezahlt für eine 1000-M.-Aktie genau 1000 M. Die Verzinsung für diesen Betrag stellt die Dividende dar, die das Unternehmen am Jahresluß ausschüttet. Hier also ist Dividende gleich Zinsfuß, denn diese bezieht sich immer auf den der Aktie aufgedruckten Nennwert. Wie ist es nun aber um die Verzinsung bestellt, wenn die Aktie zu einem höheren oder niedrigeren Kurs als 100 erworben wird? Nehmen wir wiederum ein Beispiel. Jemand kauft eine Aktie zum Kurse von 50, bezahlt also für die 1000-M.-Aktie nur 500 M. Es wird eine Dividende von 9 Proz. ausgeschüttet. Dann erhält er für seine 1000-M.-Aktie 90 M. Dividende. Da ihn diese aber nur 500 M. gekostet hat, so haben sich diese um 90 : 5 oder 18 Proz. verzinst. Dieser Zinsfuß ist die Rendite. Sie steigt beim Fallen der Kurse und sinkt bei deren Steigen. Hätte er dieselbe Aktie zu einem Kurse von 150 erworben, also 1500 M. dafür bezahlt, und ebenfalls nur 90 M. Dividende erhalten, so würden diese, auf die 1500 M. umgerechnet, eine Verzinsung von nur 6 Proz. darstellen, mit anderen Worten, die Rendite würde nur 6 Proz. ausmachen. Das zum Wesen der Rendite. Nun zu ihrer Bedeutung.

Es ist bekannt, daß heute Lohn- und Arbeitszeitkämpfe ausschließlich mit wirtschaftlichen Argumenten geführt werden. Im Mittelpunkt aller Arbeitszeitkämpfe stehen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften steht heute Beweis und Gegenbeweis darüber, ob der betreffende Gewerbezweig von ihm geforderten Mehraufwand tragen kann oder nicht. Hier ist von Gewerkschaftsseite vornehmlich darauf zu achten, daß von Unternehmervertretern nicht jenes Manöver geübt wird, in dem sie mit den Begriffen Kurs und Rendite alles, was in ihrem Interesse liegt, beweisen können. Steht nämlich der Kurs tief, dann beziehen sie sich auf ihn und führen ihn als Beweis dafür ins Feld, wie schlecht es um die Wirtschaftslage bestellt ist. Dieht hingegen das Kursniveau hoch, so verweisen sie auf die dadurch bedingte niedrige Rendite, die es keinem geraten erscheinen lasse, sein Geld in Aktien dieser Branche anzulegen. Das ist eine Zwischstufe, wo der, der mit den Begriffen geschickt zu operieren versteht, immer recht behalten kann. Das gilt natürlich auch für die Gegenseite, den Gewerkschaftsvertreter, der bei tiefstliegendem Kursniveau auf die hohe Rendite und im umgekehrten Falle auf die hohen Kurse als Argument befriedigender Wirtschaftslage verweisen kann. Er hat dabei noch den Vorteil, bei hohem Kursstand der Aktien darauf zu verweisen, daß sich fundlos viel Prozent, in Paketen zusammengefaßt, in diesen oder jenen Händen befinden und zu einer Zeit erworben sind, als der Kurs wesent-

lich anders lag als jetzt, daß also auch für die Mehrheitsbesitzer eine andere Rendite gelte, als die heute aus Kursstand und letztjähriger Dividende zu errechnende. Hier zeigt es sich, daß für den Gewerkschafter als Verhandlungspartner auch die Kenntnis der industriellen Besitzverhältnisse notwendig ist.

Nun zur Entwicklung der Rendite in der deutschen Gesamtindustrie, soweit sie sich aus den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes, das seine Feststellungen auf 329 repräsentative Aktien der deutschen Industrie, des Handels und des Verkehrswezens ausgedehnt hat, ergibt. Danach gestaltete sich während der letzten drei Jahre Kurs, Dividende und Rendite bei diesen Gesellschaften wie folgt:

in Prozenten	Ende des Jahres		
	1927	1928	1929
Durchschnittsdividende	7,14	8,29	8,35
Attienkurs	160,91	163,99	126,82
Rendite	4,44	5,09	6,55

Es lag also im letzten Jahre die Durchschnittsrendite bei 6,58 Proz., während sie Ende 1913 nur 5,57 Proz. betrug.

Nun einige besondere Angaben aus dem Bervielfältigungsgewerbe. Dort gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:

in Prozenten	Ende des Jahres		
	1927	1928	1929
Durchschnittsdividende	6,06	6,13	5,38
Attienkurs	118,16	104,85	78,26
Rendite	5,13	5,85	6,87

Wir sehen also ein dauerndes Ansteigen der Rendite, was im Jahre 1929 hauptsächlich durch ein Abgleiten der Kurse hervorgerufen worden ist.

Die Rendite stellt die Realverzinsung der in Aktien angelegten Gelder dar. Sie hat mit der wirklichen, also den vom Unternehmen erwirtschafteten Überschüssen, die zur Verzinsung des Aktientapitals heranzuziehen sind, nichts gemein. Denn es ist ja zur Genüge bekannt, daß diese nur teilweise als Dividende ausgeschüttet werden, sondern durch hohe Reservebildung und überhöhte Abschreibungen dem Unternehmen erhalten bleiben. In der gleichen Nummer von „Wirtschaft und Statistik“ ist eine Bilanzanalyse von 296 deutschen Aktiengesellschaften durchgeführt, aus der unter anderem auch hervorgeht, daß vom 30. Juni 1928 bis zum 30. Juni 1929 die ausgewiesenen Reserven von 305,5 Millionen Mark auf 332,9 Millionen Mark gestiegen sind, während im gleichen Zeitraum die Abschreibungen von 121,3 auf 139,6 Millionen Mark erhöht wurden. Diese Verhältnisse sind mit in Rechnung zu stellen, wenn ein einigermaßen klares Bild über die Lage der Wirtschaft gegeben werden soll, wobei sich allerdings zeigt, daß die gedrückte Konjunktur des verfloffenen Jahres den finanziellen Stand der einzelnen Unternehmungen lange nicht in dem Ausmaße zu beeinflussen vermochte, wie es von Unternehmerseite stets hingestellt wird. F. V.

Zu den bevorstehenden Betriebsräte- wahlen

Die Betriebsratswahlen verlangen treue Pflichterfüllung von den Verbandsmitgliedern. Wer sich es zutraut und von den Kollegen auserwählt wird, den so wichtigen Vertrauensposten zu übernehmen, der sollte mit Freunden darangehen, seinen Aufgaben gerecht zu werden.

Woran liegt es, daß die Aufstellung von Kandidaten zur Wahl oft Schwierigkeiten macht. Das kann allerlei Ursachen haben. Die erste liegt beim Unternehmer, der jedem Betriebsrat das Leben so sauer macht, daß kein Kollege Lust hat, sich „in die Höhle des Löwen zu begeben“, mit ihm zu verhandeln oder gar die Erfüllung des Betriebsrätegesetzes von ihm zu verlangen. Ein anderer Grund ist oft auch die Belegschaft selber. Die Kollegen halten nicht so zusammen, wie es sein sollte. Es gibt verschiedene Richtungen im Betrieb, politische und weltanschauliche. Es sind auch einige „un-sympathische“ Kollegen darunter. Es fehlt der alte Ver-

bandsgeist: erst Kollege und Verbändler, dann das andere. Eine vielleicht noch andere Ursache kann auch ein zu patriarchalisches Verhältnis zwischen Chef und Kollegen sein. Es gibt einige Vergünstigungen, es wird nicht so genau genommen mit der Erfüllung des Tarifes zugunsten der Kollegen. Was sollen wir also einen Betriebsrat haben und damit das gute Verhältnis verschärfen, jagen die Kollegen in diesem Betrieb. Trotz dieser Schwierigkeiten darf kein Betrieb ohne Betriebsrat sein.

Wie der Betriebsrat gewählt wird, das erfahren wir neu jedes Jahr wieder. Das Betriebsrätegesetz schreibt das genau vor, und es wird immer wieder auf diese Bestimmungen an dieser Stelle hingewiesen. Es wird aber zu wenig betont, wie die Vorarbeiten zur Wahl sein sollen. Das soll hier kurz Erwähnung finden.

Der ordnungsgemäße demokratische Gang ist die Einberufung einer Belegschaftsversammlung vor der Wahl. In dieser Versammlung gibt der alte Betriebsrat Bericht über seine Tätigkeit und stellt der Belegschaft sein Mandat zur Verfügung. Diese hat joviell Einsicht, dem alten Betriebsrat das Vertrauen aus neue zu schenken, wenn er es im alten Jahre gerechtfertigt hat. Die Belegschaftsversammlung bestimmt durch Zuruf oder durch Zettelabstimmung die neuen Leute, die verschiedenen Abteilungen berücksichtigend. Das ist also ein ganz einfacher Gang der Dinge und sollte selbstverständlich sein, daß es so gemacht wird. Gegen solche Erledigung der Vorarbeit läßt sich absolut nichts einwenden. Denn jeder Kollege und jedes Belegschaftsmitglied hat in der Betriebsversammlung das Recht, nein, sogar die Pflicht, zu reden, Wünsche zu äußern, zu kritisieren und aufzubauen tätig zu sein. Der Betriebsrat, der aus solchem Geiste geboren wird, wird gut, wird ein ordentlicher Vertrauensmann der Belegschaft und des Verbandes.

Es geht nicht überall so vor sich, wie hier geschildert. Aus den eingangs des Artikels geschilderten Gründen sind die Kollegen in den einzelnen Betrieben eingeschüchtern, verärgert, gleichgültig, oder sie haben keine Kenntnis von der großen Bedeutung eines Betriebsrates. Die Wahl wird zwar ausgeschrieben, aber dann rührt sich niemand mehr, an die Vollendung des Wertes zu gehen. In wie vielen Fällen wird die Wahlzeit überschritten. Der alte Betriebsrat macht es nicht wieder und glaubt, daß er sich darum nicht weiter zu kümmern habe. Es mögen das einmal die anderen machen. Warum soll er sich „opfern“ und „ärgern“. Einige Kollegen fordern ihn auf, es doch wieder zu machen, es muß doch ein Betriebsrat sein, so stand es in den Mitteilungen und im Spund. Ach was, er hat's satt! Nichts ist zu machen. Es hat doch gar keinen Zweck. Die Kollegen sind es gar nicht wert. Der Alte (Chef) läßt sich doch nichts sagen. Und damit hat sich's für den abgehenden Betriebsrat erledigt. Diese Erscheinung findet man in vielen kleinen Betrieben, wo der Betriebsrat aus drei oder fünf Mitgliedern besteht, vor allem in den Kleinstädten und Provinzbrudereien. Natürlich wird nicht zuletzt auch das Betriebsrätegesetz verantwortlich gemacht, da es zu lächerhaft und zu ungenügend sei. Alles Ausreden, um einer Neuwahl aus dem Wege zu gehen. Endlich kommt aber doch noch ein Betriebsrat zustande. Einige Kollegen haben sich „erweichen“ lassen.

Die Fälle sind auch nicht so selten, wo der alte Betriebsrat aus seinem Posten, den er ganz gut ausgefüllt hat, hinausgestärkt worden ist. Es gibt leider Kollegen, die gern hinterher arbeiten und sich dann aus Schadenfreude eins ins Fäulnis lachen, daß alles schief geht oder schief gegangen ist. Diese sind dann die Erhabenen und meinen: „Ich brauche doch keinen Betriebsrat. Was ich will, erziehe ich auch ohne diesen.“

So sollte das nicht sein. Verbandsmitglied sein heißt: Einer für alle und alle für einen. Betriebsrat werden und sein ist nicht Privatsache, das ist Verbandsache, ist die Erfüllung des solidarischen Geistes. Weinböhla. A l b i n S c h m i e d e r.

Der Bundesausschuß zur Finanzreform und zur Arbeitslosigkeit

Fünfte Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 17. Februar trat der Bundesausschuß zu seiner fünften Tagung im Ingenieurhaus zusammen.

Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Grafmann, berichtete zu Beginn der Sitzung über das Befinden Leipzigs. Die Heilung des Oberschenkelbruchs schreitet stetig, wenn auch langsam, fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Finanz- und Steuerfragen, erteilte der Vorsitzende dem Vertreter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Hans Arons, das Wort. Der Redner nahm grundsätzlich Stellung zu den geplanten und in der Presse vielfach erörterten Steuererhöhungen. — Die Gewerkschaften können sich bei ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen auf die Vorschläge ihrer eigenen Steuerkommission stützen, die schon Jahre zurückliegen. Eine progressive Einkommens- und Besitzsteuer ist sicher die ideale Steuerreform, aber ihre Erträge genügen nicht. Der Steuerbedarf hat sich gegenüber der Vorkriegszeit von 15 auf 24 Prozent des Volkseinkommens vermehrt. Man könnte nun einfach an eine Erhöhung der Tarife denken. Aber man darf die Steuerhinterziehung lohnend wird. Man kann die Einkommens- und Besitzsteuer nicht dauernd verschärfen — das hindert freilich nicht ein einmaliges Notopfer —, noch kann man unter den heutigen Verhältnissen die steuerfreie Grenze herabsetzen.

Zusammenfassend erklärte Dr. Arons, daß grundsätzlich alle Steuern unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit, der Vereinfachung bzw. Automatisierung, der Quellenerfassung und endlich in allen Fällen unter dem Gesichtspunkt der Abwälzbarkeit zu prüfen seien. Auch die Gewerkschaften würden in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage für eine Senkung der Steuer eintreten, wenn der Stand der Reichsfinanzen eine solche Steuerpolitik auch nur im geringsten erlaube. Die augenblickliche Lage erfordert aber ein besonderes Notopfer, auch von den Arbeitern. Am so weniger kommt ein Steuerertrag für andere Schichten in Betracht. Die Industrie muß ihre Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft kann die seit langem geforderte Übernahme der Rentenbeteiligung durch das Reich nicht erhalten.

Die notwendige Steuererhöhung — das gleiche gilt von einer späteren Steuererhöhung — darf das jetzt bestehende Verhältnis von Massen- und Besitzsteuern nicht verschleppern. Die Steuerreform darf nicht ausgenutzt werden zu einer Lastenverschiebung zugunsten des Besitzes.

Die grundsätzlichen Erörterungen von Dr. Arons wurden durch den Vorsitzenden Grafmann wirksam ergänzt durch einen Bericht über die interfraktionellen Verhandlungen, die in den letzten Monaten über den Youngplan und das Finanzprogramm stattgefunden haben.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Franz Spließ, das Wort. Er schilderte zunächst die leitenden Grundgedanken der Arbeitslosenunterstützung in der Nachkriegszeit. Er schätzte die zu erwartende Schuldlast bis Ende März auf etwa 500 bis 570 Millionen Mark. Die Deckung der Mehrausgaben für April und Mai ist aus der ab 1. Januar eingetretenen Erhöhung der Beiträge um 1/2 v. H. zu erwarten. Wenn der bis 30. Juni befristete Beitrag wieder auf 3 v. H. reduziert wird, wird der Etat 1930/31 vermutlich etwa 335 Millionen Mark Unterbilanz aufweisen. Bleibt der Beitrag von 3 1/2 v. H. durch das ganze Jahr, so bleibt ein zu deckender Bedarf von 250 Millionen. Ist diese Zahl richtig? Sie beruht auf einer geschätzten Zahl von im Jahresdurchschnitt 1,2 Millionen zu Unterstützten. Die Zahl ist vielleicht zu hoch gegriffen, immerhin ist sie der zuverlässigste Ausgangspunkt. Man versucht nun, diesen unsicheren Posten ganz aus dem Reichsetat auszuschalten. Man hat den Eindruck zu erwecken verstanden: nur die 250 Millionen, die der Reichsanstalt fehlen, verurfachen das Defizit des Reiches. Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung gilt ja nicht nur ihr, er gilt der Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als der jüngste Zweig der Sozialversicherung und nicht zuletzt aus dem Grunde, daß gerade sie einer willkürlichen Lohnpolitik der Unternehmer Grenzen zieht, das „vollständigste“ Angriffsobjekt. Man will ihre „Reform“. Man unterschätzt, was bereits durch die jüngste gesetzliche Reform zuwege gebracht worden ist. Der Kreis der Versicherten ist erheblich eingengt worden. Vorgehen ist schon im Gesetz die veränderte Unterstützungsgewährung an die unständig Beschäftigten und an die Heimarbeiter. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ bedeutet gleichfalls eine erhebliche Einschränkung des Unterstütztenkreises, ebenso die teilweise Verdoppelung der Anwartschaftszeit. Das gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinrentner aus

der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für Rentenbezieher bedeuten weitgehende Ersparnisse. Tatsächlich erscheint die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte.

Die Ursachen der Finanzkatastrophe der Reichsanstalt sind nicht Mißstände in der Versicherung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß mit größtem Nachdruck festgestellt werden. Was man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Aufspaltung und die Senkung der Versicherungsleistungen. Dahin zielen auch Vorschläge, wie die Aufteilung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angestellten. In diesem Vorschlag sind die Unternehmer interessiert, aber auch die bürgerlichen Angelegenheitsorganisationen.

Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft aller Versicherungsträger erscheint sehr plausibel, aber er ist geradezu unheilvoll. Abgesehen davon, daß die übrigen Sozialversicherungsträger in Bedrängnis gebracht würden, daß dem Wohnungsbau die Mittel weiter verknappt würden, soll eine solche Übertragung der Darlehenspflicht vom Reich auf die übrigen Versicherungen bewirken, daß der Gläubiger ein anderer wird. Die Arbeitslosenversicherung soll entpolitisiert werden, mit dem Ziel, die Leistungen herabzudrücken. Verärferte Autonomie der Reichsanstalt, ohne daß gleichzeitig die Arbeitnehmer in den Organen der Reichsanstalt das Übergewicht erhalten, ist ein Danaergeschenk, ist eine gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtete Maßnahme. Es würde zu keinem Beschluß mehr kommen. Die verärferte Selbstverwaltung würde sich gegen die Versicherten richten. Alle in den Besprechungen der letzten Monate entwickelten Pläne haben im Grunde die gleiche Tendenz, nämlich einen unpolitischen Gläubiger an Stelle des politischen Trägers, des Reiches, zu setzen. Insofern, darüber muß man sich klar sein, mit unserer Zustimmung gibt es keine Entpolitisierung der Arbeitslosenversicherung. Sie müßte gegen unieren Willen durchgesetzt werden.

Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 3 1/2 auf 4 Prozent vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanstalt in keine meinenswerten Schwierigkeiten geraten sein. Will man aber diese Erhöhung nicht bewilligen, so muß es dabei sein Bewenden haben, daß das Reich der Schuldner bleibt.

Wie kann nun das Reich die erforderlichen Mittel bekommen? Die Heranziehung der Beamten zu Beiträgen würde das Heer der unzufriedenen und böswilligen Kritiker der Arbeitslosenversicherung nur um eine neue Gruppe vermehren. Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann aus dieser Haftung nicht entlassen werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung muß abgelehnt werden, ebenso die besondere Heranziehung der Beamten.

Es gibt nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordert ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener, sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es in gleichem Maße für die Gesundung der Finanzen des Reiches. Dann, und nur dann, können die Gewerkschaften auch zu den Verbrauchssteuern eine andere Stellung einnehmen. Das muß der Reichsregierung, das muß dem Reichstag von dieser Stelle aus ganz entschieden gesagt werden.

Wesker vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittagsitzung über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. Die Zahl der Renten steigt fortgesetzt, noch stärker aber steigt die Belastung aus diesen Renten. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen. 1924 betrug die Belastung aus den Renten 350 Millionen, 1928 war sie auf 982 Millionen, also fast auf eine Milliarde angewachsen. Aus den Beiträgen wurden 1924 gedeckt: 250 Millionen, 1928 über 660 Millionen Die Belastung der Invalidenversicherung ist, und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Am Schluß seiner Ausführungen ging Wesker noch auf die zahlreichen sozialpolitischen Kampfschriften ein, die den Generalangriff auf die Sozialversicherung mit mehr oder minder wissenschaftlichen Argumenten fügen.

In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die manche Bindungen und Wendungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben. Für Steuererhöhungen, die die Massen belasten, können die Gewerkschaften nur unter der Bedingung eintreten, daß feste Sicher-

ungen auf sozialpolitischen Gebiete damit Hand in Hand gehen. Die Not der Massen ist so groß, daß jede weitere Belastung ohne eine solche Garantie auf schärfsten Widerspruch stoßen würde.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerermäßigungen gestalte, hingewiesen.

Als im vorigen Jahr Gewerkschaften und Partei Widerstand leisteten gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung, da war es doch — so wurde in der Diskussion weiter ausgeführt — möglich, die gefährlichen Anschläge der Gegner abzuwehren. Diese Lehre darf in der gegenwärtigen Lage nicht vergessen werden. Auch jetzt wird es gelingen, durch die Einmütigkeit der Arbeiterbewegung die Feinde der Sozialversicherung in ihre Schranken zu verweisen.

In der Sitzung vom 18. Februar wurde die Diskussion über die Finanz- und Steuerfragen fortgesetzt.

Der Vorsitzende Grafmann schloß die Debatte, indem er die Ergebnisse der Aussprache, die gleichsam als Richtlinien für die Politik des Bundesvorstandes in der nächsten Zeit angesehen werden können, noch einmal kurz zusammenfaßte. Die vorgelegte Entschließung „Zur Finanzlage“ wurde alsdann vom Bundesausschuß einstimmig angenommen:

Entschließung zur Finanzlage

„Der Bundesausschuß des ADGB sieht in der Neuordnung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern.“

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Damesplan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden, um die Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen.

Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erleichterung neuer, außergewöhnlicher Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gelunden Wirtschaft und ebenso die Voraussetzung für eine befähigte, dem technischen Fortschritt angepasste Sozialpolitik.

Der Bundesausschuß des ADGB erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialfeindlicher Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Einrichtungen zu verkrüppeln.

Er verwahrt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgendwelcher Art, sei es auf sozialem oder steuerlichem Gebiete, eine Verschiebung der Lastenverteilung zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual feststehender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klarheit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Vereinfachung des Verwaltungsapparates mit dem Ziele der Schaffung des Einheitsstaates, die erforderlichen Umbauten des Steuerrechts sollen nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Lösung dieser Aufgaben muß so erfolgen, daß der Staat die Möglichkeit erhält, seine sozialen Aufgaben, entsprechend seiner steigenden Bedeutung im Leben der Nation, jederzeit zu erfüllen.“

Der Bundesausschuß wandte sich dann der Arbeitslosigkeit zu. Spließ begründete in kurzen Ausführungen die auf die Arbeitszeit bezüglichen Absätze der vom Bundesvorstand gleichfalls vorgelegten Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“. Der Bundesausschuß nahm die Entschließung „Zur Arbeitslosenunterstützung“ bei wenigen Stimmhaltungen an. Die Entschließung hat gerade in den Abschnitten über die Arbeitszeitrage als Ergebnis der Beratungen des Ausschusses auf Drängen der Verbandsvorstände eine schärfere Fassung erhalten:

Entschließung zur Arbeitslosenunterstützung

„Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zur Zeit rund drei Millionen arbeitsfähige Menschen zur Untätigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedererhalt-

Gestern, heute, morgen...

(Schluß)

Die Jahre vergingen... Er war nun schon in der Mitte der Zwanziger und trotz dieser jungen Jahre reifer, erfahrener, als es sonst Menschen seines Alters sind. Da erhielt er plötzlich einen Brief von der Pflegeeltern, daß es bei ihnen nicht gut läge. Der Pflegeeltern sei erkrankt, befände er auch Krankengeld, so müßte man sich doch sehr einrichten. Im übrigen wäre die Unterstützungsberechtigung in sechs Wochen erloschen. Man hätte ihm schon früher geschrieben, aber man war eben immer noch der Hoffnung, daß es besser werden würde...

Er packte und fuhr zwei Tage später nach Hamburg. Nach 11 Tagen hier angekommen, fuhr er noch am selben Tage mit dem Elzug nach Berlin.

Er fand es zu Hause, wie man ihm geschrieben hatte: das Spargeld war aufgebraucht, das Krankengeld reichte nicht mehr. Aber daß er nun hier war, wurde doch als eine Berufung empfunden.

Und doch...! Fahndete nicht die Militärbehörde nach ihm? Er mußte sich doch auf dem Polizeibüro melden...! Er kam gar nicht dazu; denn wenige Tage nach seiner Ankunft wurde er zwangsweise und wegen Umgehender Dienstpflicht in die zweite Klasse des Soldatenstandes gestellt.

Soldaten zweiter Klasse galten nichts, sie waren nicht mehr wert als ein Lappen, an dem jeder seine verdrehten Finger abhaken konnte; so war die Dienstzeit ein wahres Martyrium. Der Pflegeeltern aber wußte darum, und es machte ihn nicht genügend, dieses ewige Im-Bett-Liegen, dieses ununterbrochene Grubeln gab ihm bald den Rest: Er starb, ehe noch die Dienstzeit des Pflegeelterns beendet war...

Zwei Jahre, wie sie der Schlosser Richard Kohn beim Militär verleben mußte, sind eine lange Zeit, und doch — auch diese Quälerei ging vorüber. Seine „Schwestern“ (wie er sie nannte), eine inzwischen verheiratete, eine noch bei der Mutter wohnend, hatten unter großer Mühe das Zuhause so lieblich in Ordnung gehalten, und so fand er bei seiner Ankunft ein Obdach und auch das notwendige Essen vor.

Lange mußte er suchen, bis er Arbeit fand, und diese Zeit des untätigen Bestehens bedrückte ihn fast nicht weniger als die Zeit der Dienstpflicht. Es gab auch keine Arbeitslosenunterstützung, wer nicht Fuß fassen, blieb eben liegen — und das Armentum? Für ihn als jungen Menschen hatte man kein Ohr und — merkwürdig! — woher wußte der Armenvorsteher von der zweiten Klasse des Soldatenstandes?

Wie spinnst der Kerl laßt! Wie gemein er ihn angrinste: „Ja — erst das Vaterland im Stich lassen und dann öffentliche Gelder beanspruchen!“

So ging er denn zu den Güterbahnhöfen, gegen tägliches Geld Baggons entladen helfen, oder hielt sich in den ersten Morgenstunden in der Nähe der Markthallen auf, um beim Entladen der Fuhrwerke einige Groschen zu verdienen.

Es war wie eine Erlösung, als er dann in einem kleinen Betrieb Arbeit fand. Da die Arbeit von Dauer war, und er das Geld zusammenzubehalten wußte, kam er auch wieder gut voran. Er bezahlte einige Schulden, legte etwas Geld für eine ungewisse Zukunft zurück und ergänzte mangelnd im Hausstand seiner Pflegeeltern. Sein Gesicht, zuletzt schon gar zu verblüht, wurde heller, er lächelte auch wieder, worüber er allerdings das erste Mal selbst verwundert war.

Als seine „jüngste Schwester“ dann heiratete, griff er tief in die Tasche, und gab ihr einen für seine Verhältnisse ansehnlichen Betrag. Er tat dies um so lieber, da er bei dieser Gelegenheit seine Dankbarkeit dafür beweisen konnte, daß sie ihm während seiner Abwesenheit das Zuhause gerettet hatte.

Er lebte nun mit der alten Frau allein, und als wiederum zwei Jahre vorüber waren, er aber immer noch in Arbeit stand, hatte er so viel beisammen, daß er nun auch aus Heiraten denken konnte. Er fand auch das Wädel, das ihm gefiel, man taufte die kleine Wohnung und mietete eine Zweizimmerwohnung. Es war ein Sprung nach vorn, und in der ersten Zeit ihrer Ehe arbeitete die junge Frau noch tapfer mit der jungen Hausfrau bedürftig noch mancherlei der Ergänzung, während die „Pflegemutter“ den Haushalt besorgte. Man kam weiter gut vorwärts, und sie entwickelten auch einen freudigen Eifer, wenn sie am Abend Pläne für die Zukunft faßten...

Witten in dieser kurzen, glücklichen Zeit brach der Weltkrieg aus. Der Schlosser Richard Kohn mußte Abschied nehmen wie Millionen mit ihm, es war im Dezember 1914, als er mit seinem Roffschon zum Militärabgang zog...

Er kam nach Russland, und hier an der Front lernte er Dinge kennen, Zustände, Verhältnisse von Mensch zu Mensch, die er sich nie hätte träumen lassen. Langsam, aber unaufhörlich erlebte er die Rückverwandlung des Menschen zum Tier...

Im Herbst 1916 wurde er verwundet und durfte dann, nach fast zweijähriger Abwesenheit, auf Urlaub fahren. Als ihm seine Frau öffnete, stand zwischen ihnen ein kleiner Junge, den er bei der freudigen Begrüßung fast überannt hätte. Er war irgendwie ergriffen (er konnte sich im Augenblick darüber nicht ganz klar werden, zwei Jahre Werd brachten auch bei ihm die Gefühle durcheinander), der kleine Kerl aber sah halb zu ihm auf, hielt den Kopf der Mutter und plapperte ein „Guten Tag, Papa!“, wie man es ihm wochenlang vorher gelehrt hatte. Nun packte er ihn, hob ihn auf seinen Arm, und das Wasser trat ihm in die Augen — der Junge streckte die Hände abwendend gegen ihn aus —, er fürchtete sich vor dem „fremden bärtigen Onkel“...

14 Tage Urlaub vergehen im Umsich, wieder ging es ins Ungewisse. Aber er konnte von Glück sagen; denn als 1918 der grauenhafte Wahnsinn ein Ende nehmen mußte, kam er mit einigen hundert hellsen Gliedern heim. Dafür aber schwebte das Gespenst der Arbeitslosigkeit über alle. Man brauchte in den Jahren vor dem Krieg, wie auch im Krieg selbst, Schlosser zur Herstellung von Gewehren, Geschützen, Panzerzügen und Kriegsschiffen. Aber nun?

Vor äußerster Not bewahrte ihn die Arbeitslosenunterstützung, es war ja wenig, bitterem, was man ihm für seine Familie auf den Tisch legte, aber es war dennoch ein kleiner Halt. Gewiß — der Weg zum Wohlstand kam nachher —, leicht fiel er ihm nicht, aber man gab ihm dort die Miete und — es war wieder für vier Wochen das Dach über dem Kopf garantiert... Und als dann eines Tages auch seine Nummer durch den dunkelgelbgrünen Raum des Arbeitsamtes gerufen wurde, griff er bei der ersten Vermittlung zu und wieder war Hoffnung in ihm. Wenn der Betrieb auch klein war und man für wenig Geld viel Arbeit verlangte, so war es doch besser, als das tägliche Umher-

irren. Er stand doch wieder im Leben, und wenn er dann morgens, die Frühstückstafel unter dem Arm geklemmt, zur Arbeit ging, so war es doch ein anderer Schritt, der durch die stillen Wohlhabstrahlen wiederholte als jener auf dem Wege zum Wohlhabstrahl...

Man schrieb das Jahr 1921. Sollte es keine Ruhe mehr geben? Keine Kompagnie für das gehetzte Proletariat?

Eine andere Welt Krieg kam über die Armen, ein Krieg ohne Granaten, ohne Gas, und wieder waren Handwerker, Fabrikarbeiter, Verkäuferinnen, Landarbeiter und Angestellte in beschiedenen Stellungen, die ihm zum Opfer fielen, wieder waren es die Kinder der Armen, denen die geringe Wahlzeit noch knapper bemessen wurde.

Da arbeitete er nun von früh bis spät, gab den alle zwei Tage ausgezahlten „Lohn“ der Familie, gönnte sich nicht die geringste Unnehmlichkeit, und doch war sein Junge blutarm und unterernährt? Weil die Milch am Morgen das Doppelte von dem kostete, was sie am Abend vorher gekostet hatte, weil der kleine Händler seine Ware beinahe nicht so schnell auszeichnen konnte wie der Dollar an der Börse stieg...

Sechs Tage Arbeit, Millionen hatte er bekommen, und was er sich dafür kaufen konnte, war so viel, wie er früher zwischen zwei Pfauen verdiente. In letzter Stunde dann, als die Not, die Verzweiflung von Millionen Proletariaten auf das höchste getrieben waren, raffte man sich „höheren Ortes“ auf und schob der Vererbung der Massen einen Riegel vor.

Der Schlosser Richard Kohn blieb in Arbeit, trotzdem allenthalben die „glänzende Konjunktur“, dieser größte Betrag aller Zeiten, merklich nachließ. Den Jungen, „meinen Robert“, schickte er im Sommer zur Erholung in das gelobte Mecklenburger Land...

Der kleine Robert erhobte sich gut und wurde nach seiner Heimkehr auch zu Hause nach besten Kräften gepflegt, so daß er bald einen stattlichen Burden gab. Er besuchte die Muthauschule, und noch nie ist ein Junge so vernünftig zur Schule gegangen wie er. Hier wußte man nichts vom „Bettel“, vom widerlichen Schmarotzer, genannt „Muspaffel“, hier gilt alles, was einem Jungen wirklich interessiert.

Er wurde mit einem guten Zeugnis entlassen und lernt, wie sein Großvater, Tischler. Und doch... Hier sind Eltern mit Verständnis für einen jungen Menschen, hier lebt er als das einzige Kind. Und wenn er am Abend an seinen Zeichnungen arbeitet, so wird ihm nicht das Licht vor der Nase ausgelöscht, wenn es einmal spät wird. Und wenn sein Vater, grauhaarig vor der Zeit, dann und wann einen Blick über seinen „Vorwärts“ hinweg dem eifrig zeichnenden Robert zuwirft, ist eine neue und große Hoffnung in ihm, und er denkt dann wohl: „Dein Großvater, mein Junge, warf sein Leben von sich, weil er keinen Ausweg wußte, — ich, nun ja, hab' mich halten können aber du, mein Junge, stehst heut in einer anderen Welt. Einer Welt, in der uns Proletariaten noch viel zu tun übrig bleibt, die aber doch eine andere ist... Du stehst sicher, Junge, du wirst dich mit deinesgleichen noch fester zusammenschließen müssen, als wir es taten; denn du, ihr alle von heute, habt das Morgen in Händen. An euch liegt es, zu zeigen, daß ein starker Wille, Gerechtigkeit, und — Liebe diese trankte Welt gesund machen können.“

Erich Bachmin.

Annoucen von einst

Uns vergilbten Blättern übermitteln.

In den „Berlinerischen Nachrichten“ von 1796 finden sich die beiden folgenden charakteristischen Inserate:

„Ein gewisser Mensch von etliche 30 Jahren, welcher seiner Profession nach ein Koch ist, und bereits 16 Jahr bey einem vornehmen Preussischen General solchergestalt gedient hat, daß er desfalls gute Atesta vorgehen kan, offeriret einen anderweitigen Herrn seine Dienste als Koch, und ist zu dem Ende in der Post-Strasse in dem Wirtshause zum König von Pohlen anzutreffen und zu erfragen.“

Es ist ein Candidatus Juris vorhanden, welcher sich anheischig macht, Rechnungen zu revidiren und zu führen, auch einen Secretair oder Almuarum abzugeben. So man dessen benötiget wäre, wird gebeten, dieselhalb bey dem Bekker, Herrn Wittig in der breiten Straße alhier, nachfragen zu lassen, woselbst man nähere Nachricht bekommen kannt.“

In der „Berliner Volks-Zeitung“ von 1858 liest man: „Bescheidene Bitte. Möchte der Vorstand der Barbierinnung vielleicht so freundlich sein, und das Rezept öffentlich veröffentlichen lassen, wie man mit einem Taler, fünf Silbergroschen und halber Koff, das heißt, Kaffee und Mittag, bei einem soliden Lebenswandel als reeller Mensch ohne zu hungern oder Schulden zu machen bestehen kannt.“ Mehrere solide Barbiergehilfen.“

Folgendes Herzenserguß lesen wir im „Burgensdorfer Wochenblatt“ von 1859:

„Der im letzten Jahrmarkt in hiesiger Stadt seilwählende Kammererger Dombrowki aus Pletten ist ein Schwinder; wobei kein Katten- noch kein Wanzepulver taugt etwas. Die in meiner Wohnung befindlichen Wägen wurden nach dem Gemüß dieses Fuhrers noch gefressen. Ich habe schändliche Kräfte durchlebt, drei Stoß unterm Dache, dreißig Grad im Schatten, das heißt ehrlige Leute um ihr sauer-erworbenes Geld zu bringen. Nächstgen Kreuzer läßt ich der Mensch für die Wäße geben. Möge sich ein gebildetes Publikum an mir ein Beispiel nehmen und jenem Schwindler nichts mehr abtrafen.“

J. F. Lage, Schneider und Importer Familienwaer

Das „Amts- und Regierungsblatt für das Fürstentum Neuf-Bodenstein-Ebersdorf“ teilt 1845 nachstehendes weiter-erfährtes Ereignis mit:

„Serennissimus hat die hohe Gnade zu haben geruht, die Wehnmänner zu Hirschberg, sechs an der Zahl, welche zu dem in Folge ausgebrochenen Feuer geübt und mit aufopferlicher Bereitwilligkeit Dienste geleistet hatten, öffentlich vor der Front Allerhöchstdieselbst gnädigst zu belohnen und dem ältesten derselben, nachdem dieser sich durch den Taufstein als solcher ausgewiesen, zum Zeichen Merkwürdigkeit Ihrer Zufriedenheit und Anerkennung höchstgenähig die Hand zu reichen.“

Ausland

Die Christliche Internationale für die Gewerkschaftsfreiheit

Eine in Utrecht abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich u. a. mit den heftigen Angriffen auf die Sozialgesetzgebung in Jugoslawien sowie den gewerkschaftsfeindlichen Antrieben in Litauen, wo sich bekanntlich auch nach der Ablösung der Diktator Wolbomaras die Arbeiterbewegung nicht frei entwickeln kann. In diesem Zusammenhang legt sich die Christliche Internationale mit folgenden Worten für die Gewerkschaftsfreiheit ein: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist nicht gewillt, die Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit ohne Protest hinzunehmen. Sie legt feierlich Verwahrung ein gegen diese arbeiterfeindliche Haltung der Regierung von Jugoslawien, Litauen und anderen Ländern.“

Arbeiter-Olympiade 1931

Die zwei Millionen Mitglieder umfassende Arbeiter-Sport-Internationale veranstaltet im Jahre 1931 in Österreich die zweite Arbeiter-Olympiade. Im Februar finden in Würzburg die Winterspiele und im Juli in Wien die Sommerpiele statt. Da die Gewerkschaften an der geistigen und körperlichen Erziehung ihrer Mitglieder Interesse haben, sollen sie die Veranstaltung auch zu ihrer Sache machen. Sie ist nicht nur ein großes sportliches Ereignis, sondern soll vor allem auch dazu beitragen, daß der Gedanke der richtigen Verwendung der Freizeit der Arbeiter gefördert wird. Die einzelnen Gewerkschaften können ihr Interesse für die Sport-Internationale am besten dadurch bekunden, indem sie dazu beitragen, daß in den Großbetrieben bei der Urlaubserteilung auf das große internationale Arbeiterfest Bedacht genommen wird.

Schmierfinken

Ein kommunistisches Schmierblatt hatte von der Jubiläumsfeier der Bauhütte Berlin Ende 1929 die Meldung gebracht: „Das Fest 100 000 M. gefeiert habe. „Der Deutsche“ und „Mit ihm“ andere christliche Blätter hatten nichts Eiligeres zu tun, als diese Sudelei nachzudrücken. In der Notiz des „Deutschen“ wird erwähnt, daß die Miete für das Lokal 5000 M. betragen und das gesamte Fest die obigen Kosten verschlungen habe. Des weiteren wurde ausgerechnet, daß, wenn die Summe unter die 700 beschäftigten Arbeiter verteilt worden wäre, jeder Arbeiter rund 140 M. erhalten hätte. An diese faulsticken Lügen wurden nun die entsprechenden Bemerkungen geknüpft. Auch der Unkundige hätte wissen müssen, daß eine Morgenfeier ohne Getränke keine 100 000 M. kosten kann. Die Geschäftsleitung der Bauhütte Berlin hat denn auch Gelegenheit genommen, die Sache richtigzustellen, doch besuchten wir, daß deren Berichtigungen einfach nicht gedruckt werden. Für die Veranstaltung in der Berliner Scala wurden aufgewandt: Mietspreis, einschließlich Garderobe und Heizung 1650 M., für den Arbeiter-Sängerchor, Künstler, Musik und sonstige Unkosten 2550 M., so daß die gesamten Unkosten 4200 M. betragen. Das ist der 25. Teil dessen, was die kommunistischen und christlichen Schmierfinken sich aus den Fingern gelogen haben. Aberdies hatte die Bauhütte Berlin der Wohlfahrtskasse des Betriebes bereits vor dem Fest 10 000 M. überwiesen.

Arbeitslosigkeit und Krankenstand

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden bereits Ende letzten Jahres rund 1 770 000 Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung gezählt. Fast 70 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres und 570 000 mehr als zur Jahreswende 1927/1928. Demgegenüber überrascht es, wenn die Krankenkassen einen günstigen Krankenstand melden können. Nach einer vom Hauptverband deutscher Krankenkassen regelmäßig geführten Statistik waren bei den Berichtsstellen in der letzten Dezemberwoche knapp 4,3 Proz. der Versicherten arbeitsunfähig krank, also weniger als im Vorjahre, wo zum gleichen Zeitpunkt ein Krankenstand von 4,8 Proz. ausgewiesen wurde. Diese Feststellungen widerlegen aufs neue das immer wieder erhobene Wehgeschrei über die zunehmende „Verweilung“ und das „Simulantentum“ unter den Versicherten.

Aus den Zahlstellen

Braunschweig. Jahreshauptversammlung am 13. Februar. Zunächst gab der Kassierer, Kollege Wübbels, den Kassensbericht vom vierten Quartal. Hierauf erstattete der Vorsitzende, Kollege Rauter, den Jahresbericht. Er kritisierte die Interesselosigkeit der Mitglieder im verfloßenen Jahre, auch die Kartelldelegation hat versagt, dies muß im neuen Geschäftsjahre anders werden. Die Mitglieder müssen selbst mitarbeiten am Auf- und Ausbau ihrer Organisation, die Verammlungen mehr beschleunigen, den Vorgesängen im Wirtschaftslieben mehr Interesse entgegenbringen, denn die Massenentlassungen und Kurzarbeit, wie wir sie augenblicklich in allen Industriezweigen haben, dürfen auch den wirtschaftlich und politisch Angekulterten aufzuteilen und an die Seite seiner kämpfenden Kollegen zwingen. Hatten wir schon im letzten Jahre die Vorboten der jetzigen Depression bei Verhandlungen und Klagen gegen Unternehmer empfunden, so empfinden wir jetzt die Auswirkung der Beschlässe der Arbeitgeberverbände in ihrer ganzen Schärfe. Diese ziehen sich auch wie ein roter Faden durch die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe in Berlin, wie die Abbauanträge der Unternehmer beweisen, die von den Provinzpräsidenten mit aller Energie vertreten werden. Das sollte alle Kolleginnen und Kollegen zu intensiver Mitarbeit für unsere Organisation veranlassen. Kollege Rauter berichtete dann über die Einrichtung eines Ferienheims in Elm von Ortsausgang des ADGB und wies hierauf auf die Pflicht, nur auf die Listen, die von unserer Organisation herausgegeben werden, zu zeichnen. Es wird ein Merkblatt für die Mitglieder unserer Zahlstelle herausgegeben. Auf eine Anfrage betreffend des Wobdenauerischen Finanzierungsplans aus dem Mitgliederkreis verwies der Vorsitzende auf die Protestföndgebung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Für den auscheidenden ältesten Neuvor wurde Kollege Peters gewählt. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegin Greite und Kollege Emmelman gewählt. Unter „Beschiedenes“ wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt und das Material für die bevorstehenden Betriebsratswahlen verteilt. Anfang März findet eine Mitarbeiterversammlung statt, in der Gauleiter Kollege Spatzahl (Hannover) über die Tarifverhandlungen in Berlin berichtet wird.

Breslau. Die ordentliche Generalversammlung am Sonntag, dem 16. Februar, war gut besucht. Der erste Vorsitzende, Kollege Karl Reismann, gab den Tätigkeitsbericht über das verfloßene Jahr. Die Rationalisierung im Gewerbe, dazu Teilstilllegungen von zwei Betrieben, hat uns große Arbeitslosigkeit gebracht. Er gab Kenntnis von der unzulässigen Nacharbeit der Kolleginnen bei zwei hiesigen Firmen und von den bevorstehenden Tarifverhandlungen, welche bei uns unter Anderen in guten Händen liegen. Die Mitglieder legen festes Vertrauen in ihre Tätigkeit. Hierauf gab Kollege Reismann den, von unterer Kartellleiterin Frau Köpfe ausgearbeiteten Kassensbericht vom Jahr 1929. Es war am 31. Dezember vorigen Jahres ein Mitgliederbestand von 204 männlichen und 267 weiblichen Mitgliedern und ein Uberschuß von 1439,80 M. vorhanden. Das Ortsvermögen beträgt 6987,85 M. Die Entscheidung für den Vorstand wurde auf Antrag des Kollegen Kraut in alter Höhe befalligt. Die Wahl des Vorstandes erfolgte per Akklamation. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Kollege Malisch, 2. Vorsitzender: Kollege Ziegler, Kassiererin: Frau Köpfe, 1. Schriftführer: Kollege Gräl, 2. Schriftführer: Kollege Schmalich, Beisitzer: die Kollegen Wesser, Sobanus, als Neuvorsoren die Kollegen Kraut, Karl Reismann und Witte. Zum Punkt Festsetzung eines Extrabeitrages zugunsten unserer Erwerbslosen entspann sich eine lebhafteste Debatte, welche keine Einigung brachte. Kollege Reinhold stellte den Antrag, darüber durch Urabstimmung zu entscheiden. Dem Antrag wurde zugestimmt. Unter Beschiedenes wurde nochmals daran erinnert, daß der Verbandbeitrag satzungsgemäß nach der Höhe des Lohnes gezahlt werden muß. Nur dadurch kann sich jedes Mitglied seine Rechte an den Verband sichern. Die Druckerfasser wurden aufgefordert, den festgesetzten Strafbetrag von 50 Pf. bei unentschuldigtem Fernbleiben von der heutigen Versammlung einzuliefern. Am 29. und 30. März dieses Jahres finden die Betriebsratswahlen statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, sich dafür einzusetzen, daß unsere Kollegen sich in die Betriebsvertretungen einreihen, was arbeitsgerichtlich von großem Wert für unsere Mitgliedschaft ist. Zum Schluß machte unser Gauleiter, Kollege Reinhold, noch ausführliche Mitteilungen über verschiedene Fälle vor dem Arbeitsgericht und ermahnte alle Kollegen und Kolleginnen, bei Entlassungen und sonstigen Fällen sofort den Ortsvorstand in Kenntnis zu setzen. Im Anschluß an die Versammlung war gemühtliches Beisammensein verbunden mit Tanz, das unsere Kollegen sehr noch mehrere Stunden beisammenhielt.

Gesmit. Unsere Jahreshauptversammlung im Februar nahm zuerst in einstündigen Ausführungen den Geschäfts- und Kassensbericht des Kollegen Fiedewitz entgegen. Er schilderte im Rückblick die wirtschaftliche Lage, die Krise und die steigenden Zahlen über die Arbeitslosigkeit. Wirtschaftskrisis, Arbeiterentlassungen, Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen, das seien die Kennzeichen gewesen für das Jahr 1929. Alles, was sich vor unseren Augen vollzieht, mühte jedem Mitglied die Erkenntnis aufzudrängen, daß alle unsere Kolleginnen und Kollegen unter gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Da alle ein gleiches Ziel verfolgen, Beseitigung aus diesem wirtschaftlichen Joch, mühten sie sich auch gegenseitig zu helfen. Leider sei das nicht der Fall. Die Mitglieder könnten nicht getrennt sein durch eine Weltanschauung. Notwendig sei zu betonen, daß eine Gewerkschaft ihre eigenen Satzungen und Richtlinien habe und sich nicht unter Aufsicht einer politischen Partei stellen kann. Durch eigene Erfahrung und durch die Praxis wüßten die gewerkschaftlichen Organisationsleitungen von selbst, was zu tun ist, oder was getan werden mühte. Die geschlossene Macht der Arbeitgeber — denen selber noch eine uneingeschränkte Arbeiterschaft gegenübersteht — komme immer recht deutlich zum Ausdruck bei Tarif- und Lohnverhandlungen. Von diesem Standpunkt

aus mühten auch die graphischen Hilfsarbeiter das Lohnverhandlungsergebnis im März 1929 betrachten. Die Höhe der Zulage habe gewiß kein Mitglied befriedigt, aber das Ergebnis sei zuzufande gekommen trotz entgegengelegter Anträge. Weiter mühte bei diesem Ergebnis beachtet werden, daß es ohne Hilfe Dritter zuzufande gekommen ist. Durch das gute kollegiale Zusammenarbeiten mit den Funktionären der Bruderorganisationen wurden in drei Druckerereien die Kolleginnen, die sich aus irgendwelchen Gründen von der Organisation abgewandt hatten, wieder für die Organisation zurückgewonnen. Nach Bekanntgabe der satzungsgemäßen Sitzungen und der hohen Zahlen über Arbeitslosen- und Krankheitsstage schloß Fiedewitz mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, doch endlich den Ernst der Situation zu erfassen und für eine geschlossene Einheitsfront innerhalb unseres Verbandes zu sorgen und zu arbeiten, seine beifälligen aufgenommenen Ausführungen. Zwei Diskussionsredner wärmten darauf den alten Kohl auf, den ständig die kommunizistischen Redakteure fochten. Im Schlußwort erklärte Fiedewitz, warum er nicht auf diese Ausführungen eingehe. Er mahnte und warnte noch einmal die Kolleginnen, wie gefährlich es sei, wenn sich die Mitglieder gegenseitig beschimpfen und sich feindselig gegenübersehen. Er deutete auf die bevorstehenden Verhandlungen hin. Während die Arbeiterkassiererschaft sich gegenseitig zerfleischt, verleiht das Unternehmertum zu handeln. Ganz besonders dankte Fiedewitz noch den Unterfasserern für ihre zähe Ausdauer und mühevollen geleistete Arbeit. Denn ohne Mithilfe der Funktionäre und Unterfasserer sei es keine Organisationsleistung möglich, eine Organisation so auf- und auszubauen, wie es notwendig sei. Er ermahnte die Unterfasserer, auch im neuen Geschäftsjahre auf ihren Posten auszuhalten im Interesse unserer Organisation. Zum zweiten Punkt, Neuwahlen, gab es eine Senation. Es waren zwei Vorschlagslisten eingegangen. Die erste Liste von 20 zwölf Mitgliedern unterzeichnet. Die zweite Liste von der „Opposition im Graphischen Hilfsarbeiterverband“ mit der Einleitung: „Von der Belegschaft der „Benug“ und des Verlages „Der Kämpfer“ werden folgende Kollegen vorgeschlagen. In dieser Belegschaft gehören auch die 26 vom Buchdruckerverband ausgeschlossenen Buchdrucker. Es war Bedingung, daß diese Liste keine Namensunterstützung trug. Man mußte genau, daß sie nicht anerkannt werden konnte, aber man hatte einen Grund, Kadav zu machen. Eine Funktionsprüfung hatte mit 31 gegen 3 — KPD. — Stimmen beschloßen, daß eine Vorschlagsliste ohne Namensunterstützung nicht anerkannt werden könnte. Als nun die Liste mit den zwölf Unterfasserern zur Abstimmung kommen sollte, legte der bekannte kommunizistische Kadav und Skandal auftragsgemäß ein. (Schon vor Beginn der Versammlung hatte eine KPD-Kollegin erklärt, heute abend geht es noch hoch her.) Schüller gab das Signal zur Sprengung der Versammlung mit den Worten: „Du Dumpe, du großer Lump usw. Man bediente sich solcher Ausdrücke, die nicht wiederzugeben sind. Mit diesem Tumult wollte die KPD. nur erreichen, daß unsere Kolleginnen, die Versammlung verlassen sollten. Doch Kollege Fiedewitz erklärte als Vorsitzender: „Unter diesem Tumult können wir nicht weiter tagen“, und erklärte die Versammlung für geschlossen. Die Kadavbrüder versuchten darauf mit Hilfe von gesinnungslosigen Buchdrucker die Versammlung weiterzuführen. Unsere Mitglieder ließen die Schreier aber unter sich tagen. Inzwischen ist sämtlichen Mitgliedern die Vorschlagsliste mit der zwölf Unterfasserern, die in der Versammlung vorgelesen wurde, zugehandelt worden. Diese Liste gilt als gewählt.

Darmstadt. In der Mitgliederversammlung am 18. Februar referierte der Gauleiter, Kollege Raib, über die Tarifbindung. Er fand mit seinen Ausführungen, die sich besonders mit der Antragstellung der Unternehmer beschäftigten, lebhafteste Zustimmung der Versammlung. In der Aussprache über die notwendige Aktivität der Mitglieder, die noch gefordert werden mühte.

Dortmund. Im Mittelpunkt unserer Mitgliederversammlung vom 12. Februar standen die Berichte über die tarifliche Lage im Gewerbe und über den Kassenschluß vom vierten Quartal 1929. Da der Gauleiter durch dringende Geschäfte verhindert war, das tarifliche Referat zu übernehmen, unterzog sich Kollege Herrmann dieser Aufgabe. Geprüft auf zahlreiche Laufgaben von dem allgemeinen und gewerkschaftlichen Wirtschaftsleben stellte er unter Beweis, daß die hohe Arbeitslosigkeit nicht mehr als Folgeerscheinung einer schlechten Wirtschaftskontunktur, sondern als Folgeerscheinung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems anzusehen ist. Die menschliche Arbeitskraft wird durch technische und organisatorische Umstellungen aus dem Produktionsprozeß verdrängt, ohne durch notwendige Begleitmaßnahmen wieder zu produktiver Mitarbeit zurückgeführt zu werden. Im Zusammenhang damit erklärte Kollege Herrmann Ursachen und Zweck der wesentlichen Anträge zu den Tarifverhandlungen und forderte die Versammelten auf, sich in den kommenden Wochen für den Verband bereit zu halten. Die willkürlichen Anträge der Unternehmer erregten das Gegenteil von dem, was man hochachtung nennt. Der Kassensbericht vom vierten Quartal 1929 wurde von der Kollegin Weirter vorgetragen. Trotz ungewöhnlich hohen Ausgaben sind die Kasserverhältnisse grundsätzlich stabil geblieben. Dasselbe gilt für die Mitgliederbewegung. Der Abgang durch Arbeitslosigkeit wurde durch Neuaufnahmen völlig ausgeglichen. In der Besprechung wurde die müßtergillige Kassenerwaltung der Kollegin Weirter lobend hervorgehoben. Auf ihre Anregung hin beschäftigte sich die Versammlung ferner mit einer notwendigen Änderung im Abrechnungswesen. Die Versammlung erklärte sich nach reichlicher Erörterung des Für und Wider einstimmig mit der Neuregelung einverstanden. Als Delegierte zum Orts- bzw. graphischen Kartell wurden Kollege Peters bzw. Kollegin Weirter erneut bestätigt, während die erforderliche Neuwahl des Schriftführers antragsgemäß vertagt wurde.

Dresden. Jahreshauptversammlung am 13. Februar. Ein gut gefüllter Saal, eine aufmerksame Kollegenchaft und eine auf sachlicher und geistiger Höhe stehende Diskussion sicherte einen guten Verlauf dieser Versammlung. Den Geschäftsbericht über den Gau und die Zahlstelle Dresden gab Kollege Herrmann als Gauleiter. Die reiche Arbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Nach einer

Statistik vom 1.10.28, waren von 31 erfassten Gewerkschaften im Monat Dezember 20,3 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Das graphische Gewerbe ist dabei mit 12 Proz. beteiligt. Die Kurzarbeiter in diesen Organisationen betrug 13,8 Proz., in unserem Gewerbe 0,5 Proz. der Mitgliederzahl. Die Ursachen dieser erschreckenden Zahlen liegen besonders in der Umstellung der Industrie, in einer ausgeprägten Rationalisierung. Redner begründete in seinen weiteren Ausführungen die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dieser Situation und kam am Ende seiner interessanten Darlegungen zu dem Ergebnis, daß es nur mit Hilfe der Gewerkschaften und ihrer Vertreter in den Parlamenten und Gemeinden gelingen wird, die Mittel zur Arbeitsbeschaffung sicherzustellen und somit eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosenquote zu erreichen. Zur Kritik über die Lage in unserem Gewerbe folgende Tatsachen. Die Entwicklungslage in unserem Gewerbe zeigt eine Statistik der Buchdruckerberufsorganisation: 1924 wurden 8039 Betriebe gezählt, 1928 waren es 487. Sie sind also in vier Jahren um 1448 oder 18 Proz. gesunken. Ein schlagender Beweis für die angebliche „Arbeitslosigkeit“ der Betriebe für unsere armen Arbeiter. Der Maschinenpark dieser Betriebe ist in derselben Zeit von 1166 Maschinen auf 11449 gestiegen. Aus einer gewissen Notlage heraus hat man diese Maschinen nicht aufgestellt, sondern um die jeweils hohen Wertungen noch zu steigern. Dabei beobachten wir eine Manövrierfähigkeit auf diesem Gebiet, die verbunden mit einer grenzenlosen Preisunterbietung gegeneinander, nur zum allgemeinen Schaden der Arbeiterschaft geführt hat. Dasselbe Mäander beobachtet man im Stein- und Tischdruckgewerbe. Verkehrte Wirtschaftsordnung innerhalb der Betriebe, die heißt, die falschen Sparmaßnahmen, die Überföderung mit Ausschichtpersonal lassen auch in einem gesunden Betrieb bald die Spuren eines beginnenden Niederganges erkennen. Die Unternehmer kommen bei solchen Erscheinungen auf die immer wiederkehrende Idee, beim Arbeiter muß gespart, muß die Rettung gesucht werden. Überall dieselbe Walze, Abbau der sozialen Lasten, Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und sonst noch allerhand schöne Forderungen. Die Gewerkschaften stehen in einem fortwährenden Abwehrkampf, um das bisher Erreichte zu erhalten und noch weiter auszubauen. Zum Tätigkeitsbericht über den Gau V und besonders den Gauvorort, die Zahlstelle Dresden, folgendes: Das Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe wurde zum 31. März 1929 gekündigt. Die Lohnverhandlungen endeten nach scharfen Auseinandersetzungen mit dem Gegner erstmalig nach einigen Jahren in freier Vereinbarung mit einer 4 1/2-prozentigen Zulage. Auch das örtliche Abkommen für das Dresdener Stein-, Licht- und Buchdruckschichtpersonal wurde zum 31. März 1929 gekündigt. Gefordert wurde eine 10-prozentige Lohnverhöhung. Die Arbeitgeber lehnten jede Forderung glatt ab. Schlichtungsausschuß kam in Tätigkeit. Resultat 3 1/2-prozentige Lohnverhöhung. Kollegenrat lehnte diesen Spruch ab. Arbeitgeber strebten Verbindlichkeit an. Kollegenrat trat mit 39 Personen in den Streik. Nachmalige Verhandlungen vorm Schlichtungsausschuß. Vorhlag des Landesgeschäftsführers 4 1/2 Proz. wurde unter dem Druck des Streikes angenommen. 915 im Gewerbe Beschäftigte hatten ihre Kündigung eingereicht, 319 fanden in einträglicher Kündigung und sofort im Streik. Die Haltung der Kollegenrat war gut. Die Sparte Schichtschichtpersonal erhielt nach Lohnverhandlungen, die zentral in Berlin für das ganze Reich geführt wurden, eine 4-prozentige Zulage. Wenn auch die Höhe der Zulagen nicht befriedigt, so ist dem entgegenzustellen, daß gerade in dieser Zeit Schiedssprüche anderer Gewerbe und Industrien vorlagen, die unsere Forderungen sehr stark beeinträchtigten. Vor dem Arbeitsgericht wurden 25 Fälle erledigt. Es konnten in einigen Fällen für die Kollegenrat die Wiedereinstellung und weiter über 1000 M. an Abfindungen herausgeholt werden. Bei der Eingabe von Klagen muß die Kollegenrat mehr wie bisher auf Gewissenhaftigkeit sehen, sonst könnte es nicht vorkommen, daß einzelne Klagen wegen Formfehler abgewiesen werden müßten. Das Versammlungsweien und die Bildungsbestrebungen füllten ein reiches Maß von Arbeit für die Angehörten und Ortsverwaltung aus. Es fanden im Berichtsjahre statt: eine Generalversammlung, 11 Mitgliederversammlungen, darunter eine Frauenerversammlung und vier mit bildenden Vorträgen, 18 Betriebsversammlungen, 9 Vertrauenspersonensitzungen, 11 Verwaltungssitzungen, 6 Sitzungen für die Vermögenskommission, drei Schlichtungsausschüsse, 14 Vorträge bei Arbeitgeber, 15 Stillelegungsverhandlungen, ein Unterrichtskursus, 3 Besichtigungen und 4mal Teilnahme an verschiedenen Kommissionssitzungen. Außerdem fanden statt: eine Filmvorführung, ein Theaterabend, Feiern des 50jährigen Stiftungsfestes, ein Sommerfest, ein Langabend, Weihnachtsfeier für Arbeitslose, der Ganttag in Meissen und zwei Konferenzen der Bruderorganisationen. Die Feiern des 50jährigen Bestehens der Zahlstelle wurde in einer Morgen- und Abendfeier festlich begangen. Das in beiden Feiern Gebotene stand auf hoher Kulturstufe gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Redner berichtete nun über die geleistete Arbeit im Gau. Im Gau V sind mit der Zahlstelle Dresden 32 Zahlstellen vorhanden, in weiteren 16 Orten befinden sich Einzelmitglieder. Der Mitgliederbestand zeigte folgende Zahlen: Beschäftigt sind im Buchdruck 432 männliche, 1339 weibliche, Steindruck 493 männliche, 1457 weibliche, Schriftzug 9 männliche, 51 weibliche, zusammen 934 männliche, 2847 weibliche = 3781 Mitglieder. Das Organisationsverhältnis ist im Gau durchschnittlich 90 Proz. 10 Orte befinden sich darunter mit 100 Proz. Eine Reihe von Zahlstellen im Gau konnten im Berichtsjahre ihr 10., 20., 27jähriges Jubiläum feiern. Der Gauleiter war 36mal in den Zahlstellen tätig. In den Orten fanden insgesamt 299 Sitzungen, Verhandlungen und Vorträge ihre Erledigung. Aus dem Gau- und Ortsbüro gingen fast 4000 Postfächer hinaus. Der großen Überlastung der Angestellten wurde durch die Entstellung einer Bürotzaff Rechnung getragen. Im Schlusswort gedachte Kollege Herrmann noch besonders der Jubilare, er dankte auch den Funktionären der Organisation für die im vergangenen Jahre geleistete wertvolle Mitarbeit, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, diese Erfolge zu erzielen. Mit dem Wunsche um eine weitere Unterstützung schloß Redner seinen Gaubericht. Die Weisheitsbelegungen bewiesen die Anerkennung seiner Ausführungen. Kollege Täubrich brachte anschließend den Kaiserbericht über das Jahr 1929. Eine starke Belastung an die Verbandsstufe brachte die hohe Arbeitslosigkeit mit sich. Trotz der hohen Ausgaben konnte noch am Jahresende ein kleiner Überschuss in der Ortskasse verzeichnet werden. Die Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung hat sich gegen das

Vorjahr verdoppelt. Auch die Krankenunterstützung ist beträchtlich gestiegen und beweist, daß der Gesundheitszustand unserer Kolleginnen sich nicht gebessert, sondern verschlechtert hat. Der Kampf für die hygienischen Verbesserungen in den Betrieben wird von uns mit aller Schärfe geführt. Unser monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt ist der Wegweiser für unsere Kollegenchaft. Die Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen zeigen den Stand des Gewerbes. Die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamts in unserem Gewerbe ist gleich Null. Die Gesamteinahmen belaufen sich im Jahr in der Haupt- und Ortskasse auf 131 601,48 M., die Gesamtausgaben auf 82 833,11 M. Im Durchschnitt leistete jedes Mitglied 47 Beiträge. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied und Woche betrug 88 1/2 Pf. Im Berichtsjahr war demnach jedes Mitglied fünf Wochen arbeitslos oder krank. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres: 544 männliche, 1547 weibliche, insgesamt 2091 Mitglieder. Davon sind im Buchdruck beschäftigt: 233 männliche, 607 weibliche = 900 Mitglieder, im Steindruck 302 männliche, 829 weibliche = 1131 Mitglieder, im Schriftzug 9 männliche, 51 weibliche = 60 Mitglieder. Der Hauptkasse konnten trotz erheblicher Anforderung noch 35 484,01 M. an Überschuß überwiesen werden. An 10 Jubilaren (6 männliche und 4 weibliche) wurden an monatlichen Unterstüßungen 1192 M. ausgegahlt. Die Unterstüßungen betragen monatlich 12, 16 und 20 M. Die Ortskasse hatte einen Kasienbestand am Jahresende von 24 266,62 M. Der „Volkshaus“beitrag von 6350 M. ist getilgt. Arbeitslos waren 286 männliche Mitglieder 956 Wochen, 1185 weibliche 3471 Wochen = 1471 Mitglieder = 4427 Wochen; krank waren 252 männliche Mitglieder 1143 Wochen, 1310 weibliche 4600 Wochen = 1562 Mitglieder = 5743 Wochen; zusammen 3033 Mitglieder mit 10 170 Wochen. Auf Verzicht der Ortsverwaltung wurde bereits bei Beginn der Arbeitslosigkeit eine Nothilfe für unsere Arbeitslosen beschlossen. Bereit wurden an Arbeitslose im letzten Halbjahr 610 Brote, 1167 Portionen Mittagessen, an Notstandsunterstützungen wurden 410 M. bewilligt, weiter wurden 240 Personen in einer Weihnachtsfeier mit 3844,10 M. aus der Ortskasse unterstützt, dazu kam eine Weihnachtsbeihilfe von 1900 M. aus der Verbandsstufe. Beim Streik im Steindruck wurden die Ausführenden mit 2373,90 M. Extrazuschuß bezahlt. Die Gesamtsomme der Unterstüßungen betrug 7783,20 M. Die Kollegenchaft hatte es freiwillig übernommen, den „Volkshaus“beitrag von 5 Pf. und 10 Pf. wettzumachen, um den Arbeitslosen zu helfen. In der Diskussion wurden die Leistungen der Verwaltung und Angehörten anerkannt und gebührend hervorgehoben. Der Obmann der Revisionskommission, Kollege Thirax, gab die Erklärung ab, daß die Prüfungen der Ortskasse eine einwandfreie Führung der Kassengeschäfte gezeigt habe und keine Beanstandungen notwendig waren. Bücher und Kasse sind stets in Ordnung gewesen. Die Verwaltung sprach einstimmig der Verwaltung und den Angestellten für die geleistete Arbeit ihr volles Vertrauen aus. Die Zahlen zur Ortsverwaltung und Revisionskommission hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender der Zahlstelle: Kollege Herrmann. Ortsverwaltung: Wähler, Oskar; Hausmann, Oskar; Franz, Arthur; Taubert, Arno; Wolf, Nina; Söschler, Paul; Borkewitz, Margarete; Klein, Maria; Krühle, Janis; Menzel, Bruno. Revisionskommission: Thirax, Max; Dill, Max; Kern, Elia; Schwarz, Charlotte. Unter Punkt „Anträge zur Generalversammlung“ wurde der Antrag der Ortsverwaltung: „Der „Volkshaus“beitrag ist weiterzuführen und dieser Betrag zur Umänderung der Notlage unserer Arbeitslosen zu verwenden.“ einstimmig angenommen. Einen Antrag aus der Verwaltung, den Kasienbericht bei der Generalversammlung im Abzug vorzulegen, wurde zugestimmt.

Erurt. Generalversammlung am 18. Februar. Dem vom Kollegen Wambacher gegebenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle Erfurt in organisatorischer Beziehung einen guten Schritt vorwärts gekommen ist. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres um ein Drittel erhöht und beträgt jetzt rund 200 Mitglieder. Immerhin sind noch in einigen Betrieben eine Anzahl Unorganisirter, vor allem dort, wo organisierte Gutenberghändler mit unseren nichtorganisierten Angelernten zusammenarbeiten. Daß in einigen Betrieben die Prinzipale sich nicht auf den richtigen Tariflohn besinnen können, ist begreiflich; diese „Vergessenen“ kann eben nur durch die Organisation geholt werden. Einer dieser Fälle, wo eine Tiegelanlegerin mit dem Hilfsarbeiterinnenlohn entlohnt wurde, mußte vor dem Arbeitsgericht erledigt werden. Es bestand bei der Firma der „gute Glaube“, daß eine Tiegelanlegerin keine „perfekte“ Angelernte im Sinne des Tarifs wäre, dann aber, und das ist das schlimmste, fehlte der im Tarif vorgegebene Lehrvertrag. Nach eingehender Aufklärung über die wirkliche Auslegung des Tarifs durch unseren Vertreter, der besonders darauf hinwies, daß gerade die Prinzipale den Abschluß von Lehrverträgen Widerstand leisteten und lieber zur Entlassung der Lehranlegerin übergingen, wurde die Firma zur Zahlung der vollen Kageklumme und der Kosten verurteilt. Durch mündliche Verhandlungen mit einer Steindruckfirma gelang es, die gegen den Buchdruck zurückgehenden Löhne um 3 M. bis 5,50 M. zu erhöhen. Eine Einspruchsstage vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamts Erfurt wegen Entziehung der Unterstützung auf vier Wochen endete ebenfalls mit vollem Erfolg. Redner wies darauf hin, daß in allen Fällen von Unterstützungsentziehung wegen angeblicher Arbeitsverweigerung im Verbandsbüro Mitteilung gemacht werden solle. Liege doch jetzt schon wieder ein Fall vor, wo eine junge Tiegelanlegerin, die erst einige Tage kempeln ging, in eine außerordentliche Arbeit vermittelt werden sollte, wo sie 7 M. in Worten: Sieben Mark pro Woche erhalten sollte. Nach der Auffassung der Vermittlerin sind Tiegelanlegerinnen keine „perfekten“ Faßarbeiterinnen, die auf die neun Wochen Frist Anspruch erheben können. Wir werden auch diesen Fall, wenn nötig, vor den Instanzen vertreten. Der Kasienbericht, ebenfalls vom Kollegen Wambacher erstattet, ergibt eine Zunahme der Ortskasse von 401 M. auf 588 M. vom zweiten Quartal bis Ende 1929, für welche Zeit der Berichtskasser die Kassengeschäfte führte. Die Hauptkassen für das Jahr 1929 sind diese: In die Hauptkasse wurden abgeführt 4668,40 M., an die Invalidenkasse 873,20 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurde ausgegeben 338,40 M., für Krankenunterstützung 392,70 M., Weihnachtsunterstützung der Hauptkasse 35,60 M., zusammen 766,70 M. Mit dem Dank an alle Mitarbeiter schloß der Redner seinen Bericht. Die von den Revisoren beantragte Entlassung erfolgte einstimmig. Die Vorstands-

wahlen hatten folgendes Resultat: Erster Vorsitzender und Kassierer Kollege Wambacher, zweiter Vorsitzender Kollege Bentzenstein, Schriftführer Kollege Frischmuth, als Beisitzer die Kolleginnen Klara Thiele, Ida Eder, die Kollegen Böttner und Hugo Wölter. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegin Elise Döhl und die Kollegen Kurt Popp und Franz Schneider. In den Ortsauschuß wurde Kollege Popp delegiert. Der dritte Punkt brachte ein Referat des Kollegen Wambacher über „Die Tarifbindung im Buchdruckgewerbe“. Die „Verhöfungs“anträge der Prinzipale in bezug auf die im Buchdruckertum und bei uns gleichlautenden Bestimmungen riefen große Entrüstung bei den Versammelten hervor. Allgemein war die Auffassung, sich unter keinen Umständen derartige Verschlechterungen auflassen zu lassen, sondern für die von unserer Seite aufgestellten Anträge mit voller Kraft einzutreten. Die Kollegenchaft von Erfurt, welche dem Redner mit großer Aufmerksamkeit folgte und mit Beifall lauchte, wird die vom Verbandsvorstand gegebenen Anweisungen strikt befolgen und dessen schwere Aufgabe nach Kräften unterstützen.

Kasse. Am Freitag, dem 14. Februar, fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher unser Gauleiter, Kollege Kahl, über den geschäftlichen Reichstisch referierte. Der Redner gab einen historischen Rückblick und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung zu tatkräftiger Mitarbeit. Die Diskussion, an welcher sich auch der als Gast anwesende Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins des Buchdruckerverbandes beteiligte, war sehr lebhaft und endete mit dem Gebüßnis, einen etwa aufgewandten Kampfs mit aller Geschlossenheit aufzunehmen. — Am Sonnabend, dem 15. Februar, und Sonntag, dem 16. Februar, fanden unter Anteilnahme des Ortsvorstandes in den uns angehörenden vorortlichen Meßungen, Allenborn und Schöwe ebenfalls gut besuchte Mitgliederversammlungen statt, in welcher der Gauleiter über das gleiche Thema referierte. Auch in diesen Orten zeigte sich der gleiche Kampfesmut.

Leipzig. Die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung am 17. Februar nahm unter großer Aufmerksamkeit den Bericht des Vorsitzenden Kollegen Beyer von der Gauleiterkonferenz entgegen. Der Kollege Beyer schilderte in seinen Ausführungen die Situation im ganzen Gewerbe. Es sei zu verzeichnen, daß das Bild fast überall das gleiche sei, überall eine große Anzahl arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen, welche den Rationalisierungsbestrebungen zum Opfer fielen. Zu bebauern ist, daß auf diese Art meist unsere älteren Mitglieder aus dem Produktionsprozeß gerissen werden, ohne Aussicht, jemals wieder an die gewohnten Arbeitsplätze zurückzukehren. Hierbei trete die Absicht der Unternehmer, die hohen Löhne zu reduzieren, deutlich zutage. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die fortschreitende Technik durch dauernde Verbesserungen der Maschinen viele Arbeitskräfte überflüssig macht, so ist andererseits aber auch zu verzeichnen, daß die im Betriebe verbleibenden durch immer intensiveren Arbeitsmethoden bis an die Grenze ihrer Kräfte angepannt werden. Aufgabe der Kollegenchaft muß es sein, überall das Augenmerk darauf zu richten, daß an jedem Arbeitsplatz auch die nötige Arbeitstracht steht. Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen sei für uns wesentlich die Regelung der prozentualen Sätze in der Entlohnung und die Wegnahme der Feiertage und Ferientage. Der Besetzung der Maschinen ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Im großen ganzen sei jedoch der Vertikung der Arbeitszeit das Hauptgewicht beizumessen, weil nur auf diesem Wege die Möglichkeit bestehe, einem Teil der Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu geben. Das alles seien Forderungen, welche bei den kommenden Verhandlungen heftig umkämpfen sein werden, und um die unter Umständen auch die Kollegenchaft wird kämpfen müssen. Deshalb ist eine geschlossene Mitgliederhilfe zur Abwehr nötig. Kollege Thielmann hat, wie nochmals auf die sich ergebenden Schwierigkeiten und auf die Absichten unserer Arbeitgeber hin, speziell das an sich schon traurige Los der Hilfsarbeiter noch mehr zu verschlechtern. Auch er ermahnte, die Augen offen zu halten und zu gegebener Zeit gerüstet zu sein. Alle Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten, was aus nachstehender einstimmig angenommenen Entschließung, worin der Leitung des Verbandes das Vertrauen ausgesprochen wurde, ersichtlich ist. „Die heute versammelten Hilfsarbeiter und arbeitenden erklären, sich jetzt zusammenzuschließen im Kampf um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um das zu erreichen, verpflichten sie alle, die wenigen, die uns noch fernsehen, der Organisation zuzustimmen. Ihrer Verbandsleitung und insbesondere ihren Tarifverhandlern sprechen sie ihr volles Vertrauen aus in dem Bewußtsein, in den kommenden Verhandlungen alles daran zu setzen, nicht nur jede Verschlechterung abzuwehren, sondern dafür besorgt zu sein, das Los der Kollegenchaft zu verbessern, vor allem aber den Arbeitslosen zu helfen durch Freimachung von Arbeitsplätzen, durch Vertikung der Arbeitszeit.“ Unter Verschiedenem waren es besonders die Ausschüsse, welche einigen Kollegen Schmerzen verursachten. So stellte sich ein Kollege Stabe gegen den Ausschluß des Kollegen Lindner ein, wobei er die Maßnahmen der Organisation als Terrorstreich bezeichnete. Kollege Beyer gab hierzu die eingetretene Änderung der abhängig zu machenden Beschwerde bekannt. Unter dem Hinweis treu zur Organisation zu stehen, die uns noch fernsehen für uns zu gewinnen suchen und dem Kufe der Organisationsleitung jederzeit Folge zu leisten, schloß Kollege Beyer die imponante Versammlung.

Schwern. i. M. Generalversammlung am 17. Februar. Der Besuch hätte besser sein können. Der Vorsitzende gab einen kurzen Jahresbericht. Sechs Mitgliederversammlungen und vier Vorstandssitzungen haben stattgefunden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Erster Vorsitzender: Kollege Kunge; Kassierer: Kollege Schumacher; Schriftführer: Kollege Lehmtal; Beisitzer die Kollegen Lütke und Hoffmeister; Revisoren die Kollegen Lauffer und Schwedt. Der Vorstand des zweiten Vorsitzenden wurde nicht wieder besetzt. Die Generalversammlung bestimmte darauf sechs Kollegen, die am 1. Osterfeiertag an dem 40jährigen Jubiläum der Zahlstelle Hamburg teilnehmen sollen. Dann brachte der Vorsitzende einen Antrag ein, daß Mitglieder, welche längere Zeit krank sind, eine schriftliche Anfrage an den Vorstand zu richten hätten, zwecks einer Extraintervention aus der Ortskasse. Diefem Antrag stimmte die Versammlung zu. Eine Kommission wurde gewählt, bestehend aus den Kollegen Jost, Krause und Wohlmittel, die den Auftrag haben, nachzuprüfen, ob eine Bedürftigkeit vorliegt. Der Vorsitzende gab allen Anwesenden mit auf den Weg, auch im neuen Geschäftsjahr tatkräftig an dem Aufbau des Verbandes mitzuwirken.